

# Von der digitalen Elite abgehängt?

Wissenschaftler warnt vor einer Spaltung der Gesellschaft – Politik muss gegensteuern

Von Waltraud Messmann

**MÜNSTER.** Die Unionsfraktion will im Rahmen einer Enquetekommission die Veränderungen durch Internet und Digitalisierung diskutieren und politische Konsequenzen ziehen. Wir fragten den Sprecher der Fachgruppe „Kommunikations- und Medienethik“ in der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Dr. Alexander Filipovic, nach seinen Erwartungen.

**Herr Dr. Filipovic, die Bundesregierung sucht nun offenbar einen politischen Zugang zum Netz. Wurde dieses Thema aus Ihrer Sicht bisher vernachlässigt?**

Das Thema wurde bisher zwar nicht vernachlässigt, denn gerade die Bemühungen der ehemaligen Familienministerin von der Leyen, Stichwort Zugangsschwerungsgesetz, oder des ehemaligen Innenministers Schäuble zur Vorratsdatenspeicherung sind ein Beleg für die Aktualität dieses Politikfeldes. Doch die bisherigen Bemühungen haben Probleme weniger gelöst als verursacht. Insgesamt kann man sagen: Wenn das Internet eine so dominante Rolle in Gesellschaft, Kultur, Medien und Alltagsleben spielt und damit auch die Demokratie vor neue Herausforderungen stellt, dann wurde diesem Thema politisch bisher zu wenig Aufmerksamkeit zuteil.

**Welche Themen müssen Ihrer Meinung nach dringend in der Kommission bearbeitet werden?**

Ich sehe vier Felder: Datenschutz und Privatsphäre, die Regulierung und Beschränkung des Zugangs zu bestimmten Inhalten (Kinderpornografie, Gewalt), die Frage des Urheberrechtsschutzes sowie das Feld der Medienkompetenz und des Zugangs zur digitalen Welt.

**Ist es möglicherweise bereits zu spät, um bestimmte negative Entwicklungen in den Griff zu bekommen?**

Sicher haben sich das Netz und die Gebrauchsweisen digitaler Angebote und Möglichkeiten in einer Weise entwickelt, die politisch und rechtlich wenig beobachtet wurde und werden konnte. Politik steht aber immer vor der Herausforderung, vorliegende gesellschaftliche Entwicklungen zu gestalten. Für Gestaltung ist es niemals zu spät.

**Wo liegen aus Ihrer Sicht die größten Herausforderungen?**

Die erste große Herausforderung liegt meines Erachtens in der Frage, wie stark der Staat regulierend eingreifen kann und soll. Von Anfang an verbanden sich mit dem Internet die Hoffnungen auf einen Kommunikationsraum jenseits staatlicher Grenzen

und staatlicher Regulierung. Und ohne Frage ist die rechtliche Gestaltung des Internets besonders kompliziert. Wenn Wirtschaft, Kultur, Politik und Alltagsleben aber immer mehr mit dem Internet zusammenhängen, dann werden Wirtschaftspolitik, Kulturpolitik und Sozialpolitik eben auch Netzpolitik, und darauf wird man nicht verzichten können. Dennoch gilt es für die Politik vorsichtig und sensibel zu reagieren, damit die Bedürfnisse, Forderungen und Einstellungen einer ganzen neuen und jungen Generation, die mit dem Internet aufwächst, aufgenommen werden können.

**Was bedeutet das konkret?**

Für Eingriffe in die persönlichen Freiheitsrechte jedenfalls müssen gewichtige Gründe angeführt werden. Ein nicht näher ausgeführter und daher unkonkret bleibender Verweis auf notwen-

dige Sicherheitsmaßnahmen angesichts des transnationalen Terrorismus geht rechtsstaatlich nicht. Der Nutzer darf sich im Netz nicht unbehaglich fühlen.

**In der Erklärung zur Bildung der Kommission wurde ein Bekenntnis zur „Freiheit im Internet“ abgegeben. Ist das der richtige Ansatz?**

Ohne Zweifel.

**Wo, glauben Sie, sind Regulierungsmaßnahmen besonders nötig und warum?**

Kinderpornografie, Bilder und Filme von tatsächlicher Gewalt, rechtsradikale und andere antidemokratische und menschenverachtende Inhalte – wer so etwas verbreitet, macht sich strafbar. Hier sollten gesetzliche Möglichkeiten

**Auch gesellschaftliche Veränderungen finden inzwischen maßgeblich im und mit dem Internet statt. Wie darf die digitale Gesellschaft der Zukunft aus Ihrer Sicht auf keinen Fall aussehen?**

Es besteht die Gefahr, dass große Teile der Bevölkerung aus der „digitalen Gesellschaft“ herausfallen: Im Internet einkaufen, sich informieren, wählen und abstimmen, Behördenangebote, Kultur und Unterhaltung wahrnehmen, zu anderen Menschen in Kontakt treten. Die Anforderungen an den Einzelnen steigen. Vor allem diejenigen haben es schwer, die nicht

mit und in der digitalen Gesellschaft

eine aktive digitale Elite und ein passives analoges Prekariat. Das wäre ein Schreckensbild. Mit anderen Worten: dass man sich der sozialpolitischen und bildungspolitischen Herausforderung nicht stellt.

**Was ist dagegen zu tun?**

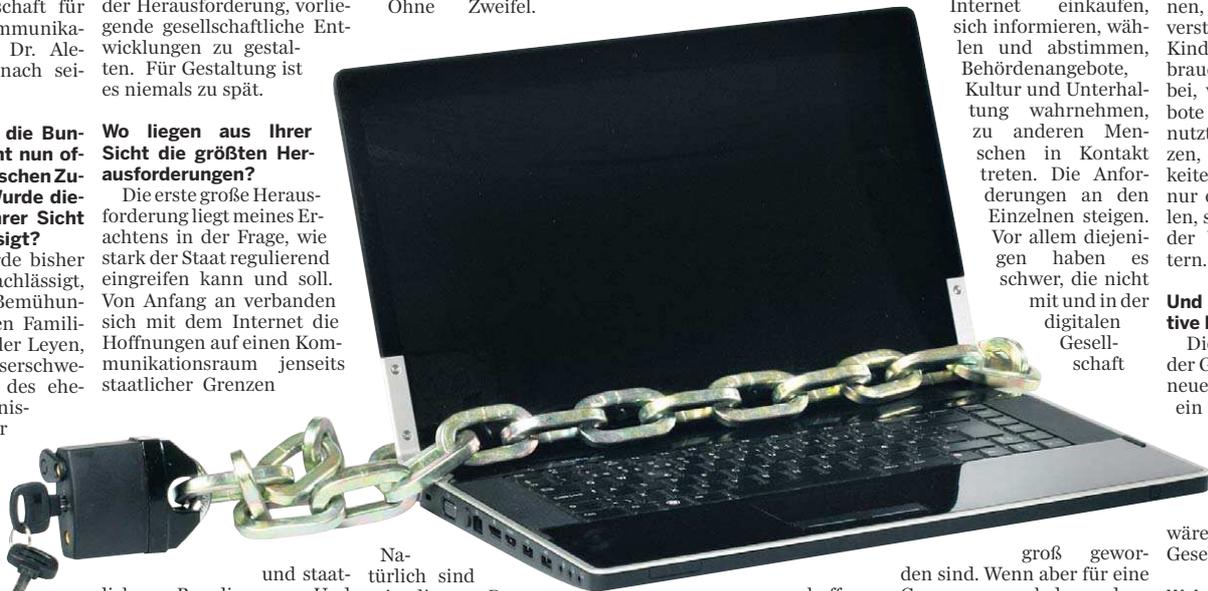
Nicht nur die Alten brauchen Hilfe, um nachholen zu können, was die Jungen selbstverständlich lernen, auch Kinder und Jugendliche brauchen einfach Hilfe dabei, wie man digitale Angebote im Internet kompetent nutzt. Man kann sie schützen, indem man ihre Fähigkeiten stärkt. Dies ist nicht nur eine Aufgabe von Schulen, sondern sie liegt auch in der Verantwortung der Eltern.

**Und welche wäre eine positive Entwicklung?**

Die digitale Integration der Gesellschaft der Zukunft, neue Formen der Solidarität, ein möglichst großer Kreis von Menschen, die über Fragen des Guten und Richtigen mitreden können und wollen – das wäre mein Bild der digitalen Gesellschaft der Zukunft.

**Welche konkreten Forderungen haben Sie an die Politik?**

Meine Forderung ist, dass Netzpolitik zu einem politischen Querschnittsthema gemacht wird. Die Enquetekommission könnte dafür einen Startschuss geben. Ich wünsche mir, dass sich die politisch Verantwortlichen hier Zeit lassen und Berater auswählen, die nicht möglichst bequeme Experten vorlegen, sondern die politisch unabhängig mit Sachverstand die politische Debatte vorbereiten. Inhaltlich fordere ich klare Konzepte zur Datensicherheit im Netz und eine Klärung der Frage, ob und welche Datensammlung sicherheitsförderlich ist und welche nicht. Zudem erwarte ich Konzepte, die helfen, Menschen stark zu machen für die digitale Gesellschaft und zwar in dem Sinne, dass sie eigenverantwortlich das Kommunikationsmedium Internet benutzen können.



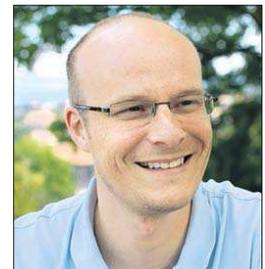
Natürlich sind mit diesem Bekenntnis die Probleme aber noch nicht gelöst. Es ist wohl typisch für demokratische Gesellschaften in Zeiten des transnationalen Terrorismus, dass sie das Gleichgewicht von Freiheit und Sicherheit nur mehr sehr schwer finden. Die Netzpolitik ist ein Feld, auf dem das paradigmatisch deutlich wird.

**Die richtigen Grenzen müssen aber gezogen werden?**

Zunächst muss betont werden, dass Grenzen dann sinnvoll sind, wenn damit Persönlichkeitsrechte oder Freiheitsräume geschützt werden. Es mag richtig sein, dass es schwierig ist, die Einhaltung der Gesetze im Internet zu kontrollieren. Aber sozusagen deswegen prophylaktisch tätig zu werden und Freiheitsräume über die Massen einzuschränken ist kein guter Weg.

geschaffen werde, dass diese Inhalte gelöscht werden. Dabei muss aber darauf geachtet werden, dass kommunikative Grundrechte nicht beschnitten werden. Zensur, also die systematische und auf Verdacht organisierte staatliche Überwachung, inhaltliche Bewertung und Veränderung von Informationen und Meinungen verstößt gegen das Grundgesetz. Ich sehe das grundsätzliche Problem der inzwischen auf Eis gelegten Pläne von Frau von der Leyen darin, dass eine Struktur geschaffen wird, die staatliche Zensurmaßnahmen erleichtert. Hart gegen Kinderpornografie vorzugehen ist ohne jeden Zweifel richtig, aber das Zugangsschwerungsgesetz scheint nicht besonders wirksam zu sein und balanciert zu wagemutig am Abgrund der Beschränkung von Grundrechten.

groß geworden sind. Wenn aber für eine Gruppe nur noch der analoge Rest der Gesellschaft erreichbar ist, das Leben der Zukunft sich aber in der digitalen Welt bewegt, dann kann auch über wichtige politische Belange in der Gesellschaft kaum mehr Konsens hergestellt werden. Wir hätten, anders gesagt, dann eine sich verstärkende Spaltung in



**Dr. Alexander Filipovic** ist im Institut für Christliche Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster tätig. Foto: privat